

## **„Wir brauchen einen starken Staat“**

**Neujahrsansprache des Herrn Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler im Sächsischen Landtag am 4. Januar 2016**

(Anrede)

Hoffentlich hatten Sie eine besinnliche Weihnachtszeit und haben zwischen den Jahren etwas Ruhe finden und Kraft tanken können. Vielleicht sind Sie heute aber auch nur deshalb erschienen, weil Sie die Wochen der politischen Abstinenz und des familiären Trubels nicht mehr aushielten. Das soll es ja auch geben.

Joachim Ringelnatz, der sächsische Poet aus dem wunderschönen Wurzen, meinte einst: „Die besinnlichen Tage zwischen Weihnachten und Neujahr haben schon manchen um die Besinnung gebracht.“

Ich bin mir aber sicher: Die meisten von Ihnen haben innegehalten und sich besonnen. Schließlich liegt ein anspruchsvolles Jahr 2015 hinter uns. Ein Jahr, in dem unsere Gesellschaft und besonders unser Staat herausgefordert wurden.

Heinrich Wefing hat in der „Zeit“ dazu jüngst interessante Gedanken geäußert. Er sieht in Deutschland die „Wiederkehr des starken Staates“ als eine unerlässliche Reaktion auf den Flüchtlingszustrom, auf die damit verbundenen „enormen Aufgaben“ sowie auf die wachsende Gefährdung durch Extremisten und Terroristen.

Der „wirkungsmächtige Staat, der die Befolgung der Gesetze sichert und dafür auch die Mittel hat“, der stehe in Deutschland vor seiner

„notwendigen Renaissance“ – unter anderem mit mehr Personal in der Bildung, Verwaltung, Justiz sowie im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit.

Nun ist die Rede von der „Renaissance des Staates“ nichts Neues. Schon nach der weltweiten Finanzkrise haben die Nationalstaaten zunächst die Kastanien aus dem Feuer holen müssen und danach ihre politischen Strukturen und Mittel ausgebaut. Damals wurde ebenfalls von der Renaissance des Staates gesprochen, nachdem zuvor staatliche Handlungsfähigkeit abgegeben oder gar aufgegeben worden war.

Gegenwärtig, so scheint mir, sind wir wieder an so einem Punkt angelangt.

Wir sehen in der Flüchtlingskrise einen Staat, der der Gefahr der Überforderung anheimfällt. Wir sehen einen Staat, in dem zentrale politische Akteure staatliche Souveränität im Sinne eines effektiven Ordnungsanspruchs leichtfertig preisgeben und so die Stabilität des Gemeinwesens gefährden.

Die heutigen Herausforderungen rücken uns daher abermals die alte Frage ins Bewusstsein: Wozu brauchen wir den Staat? Wozu brauchen wir die Bundesrepublik Deutschland, ihre Bundesländer und diesen wunderbaren Freistaat Sachsen? Genauer gesagt: Wozu brauchen wir einen funktionierenden, einen wirkungsmächtigen, einen starken Staat?

Wir brauchen einen funktionierenden Staat, weil Demokratie ohne Staat nicht funktioniert. Wer nur von Demokratie spricht, aber vom Staat schweigt, der wird bald feststellen, dass das eine ohne das andere Schaden nimmt.

Wir brauchen einen wirkungsmächtigen Staat, damit der Rechtsstaat effektiv seine Wirkung entfalten kann und der Normenstaat nicht ohne Not an seinen Grenzen gelangt, weil der Staat keine notwendigen Grenzen mehr kennt, keine Grenzen hat, keine Grenzen sichert.

Wir brauchen einen starken Staat, damit die Bürgerinnen und Bürger ihre Freiheit in Sicherheit leben und die Gesellschaft ihren Wohlstand bewahren und ihn möglichst gerecht verteilen und mehren kann.

Und wir brauchen einen funktionierenden, wirkungsmächtigen sowie starken Staat, weil der Staatenverband Europäische Union keine Staatsqualität aufweist und im Angesicht größter Herausforderung an entscheidenden Stellen zu versagen droht.

Wir haben 2015 die Rückkehr des demokratischen Staates in Sachsen vor 25 Jahren gefeiert. Mit Bedacht, aber auch mit viel Stolz auf das Erreichte blickten wir auf ein Vierteljahrhundert Parlamentarismus zurück. Als Freistaat haben wir seit 1990 unsere eigenständige Gestaltungskraft unter Beweis gestellt. Diese demokratische Gestaltungskraft müssen wir nun im Angesicht großer äußerer und innerer Herausforderungen behaupten.

Kein Thema beschäftigt uns seit Monaten so unmittelbar wie die massenhafte Flucht von Menschen vor Terror und Krieg nach Europa. Deutschland zeigt bei der Aufnahme dieser Menschen weit überdurchschnittliche Solidarität, auch weil andere EU-Staaten keine Solidarität zeigen. Uns stellt die Flüchtlingskrise daher vor besonders große Herausforderungen – politisch, administrativ, finanziell, sozial, kulturell.

Der Freistaat und speziell wir als Parlament müssen hierbei unsere Handlungsfähigkeit beweisen. Wir müssen dies als Gesetzgeber tun, was zuletzt mit dem kommunalen Investitions- und Finanzkraftstärkungsgesetz gelang. Wir müssen dies ferner als politischer Mittler und als demokratische Arena tun, indem wir die Debatte über die Themen Asyl und Flüchtlinge führen, auch über Integration, deutliche Begrenzung von Zuwanderung und konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber. Für die Abgeordneten in der Region ist dies nicht immer leicht, aber es ist ohne Alternative. Ich danke Ihnen an dieser Stelle ausdrücklich für Ihr engagiertes politisches Wirken!

Staat und Demokratie in Sachsen sind herausgefordert. Politische Extremisten von links und rechts griffen 2015 in einer neuen Dimension Menschen, staatliche Einrichtungen, Privatwohnungen, Flüchtlingsunterkünfte und Abgeordnetenbüros an. Sie attackierten unseren Rechtsstaat und unsere freie Gesellschaft. Ich kann hier nur wiederholen: Wir werden unsere freiheitliche Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, vor allem aber Menschenwürde und Toleranz nicht preisgeben. Wir werden diese Grundfeste unseres Miteinanders gegen jedwede Extremisten verteidigen – mit einer starken Gesellschaft und mit einem starken Verfassungsstaat.

Meine Damen und Herren, wir stehen 2016 vor immensen Aufgaben. In den Haushaltsverhandlungen müssen wir mehr denn je eherne Grundprinzipien mit aktuellen Erfordernissen vereinbaren. Unsere Grundprinzipien sind das Verbot der Neuverschuldung und die damit verbundene Gewissheit, keine Politik zulasten unserer Kinder und Enkel zu betreiben. Zugleich müssen wir aber dafür Sorge tragen, dass Kommunen und Freistaat angesichts der Flüchtlingskrise handlungsfähig

sind und nachhaltig gestalten können. Wir müssen – unter hohen Risiken – dafür Sorge tragen, dass in Sachsen Investitionen in Bildung und Wirtschaft Priorität behalten. Dabei muss uns klar sein und es muss klar gesagt werden, dass die Aufnahme und die Integration der Flüchtlinge viel Geld kosten wird. In Sachsen rechnen wir mit jährlichen Kosten in weit dreistelliger Millionenhöhe, in Deutschland für 2015 laut IFO-Institut zwischen 14 und 20 Mrd Euro. Milchmädchenrechnungen können wir uns daher hier genauso wenig leisten wie das Gerede, dies alles ließe sich aus der Portokasse bezahlen oder aus temporären Steuermehreinnahmen.

Wir dürfen uns und den Bürgern nichts über die finanziellen Folgen des Flüchtlingsgeschehens vormachen. Dasselbe gilt übrigens für die damit verbundenen gesellschaftspolitischen Konsequenzen. Politisch-korrekte Sprechrituale helfen uns genau so wenig wie populistische Panikmache. Die Bürger sind ohnehin klüger und realistischer als die sogenannten gesellschaftlichen Eliten oftmals denken. Sie können die ungeschminkte Wahrheit gut vertragen.

Die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen wollen Stabilität, Wohlstand, Sicherheit und Freiheit in ihren Lebensverhältnissen. Das alles geht nur mit einem funktionsfähigen Staat und einer gestaltungsfähigen Politik. Ureigene Aufgabe dieses Parlamentes ist es, gemäß seinen Kompetenzen möglichst günstige Rahmenbedingungen für das gedeihliche Zusammenleben der Bürger zu schaffen. Vor allem das fördert das Vertrauen der Sachsen in ihren Landtag, wenn dieser die gesellschaftlichen Probleme angeht. Lassen Sie uns 2016 in diesem Sinne anpacken! Lassen Sie uns Gestaltungsfähigkeit beweisen!

Der Ökonom und Sozialphilosoph Wilhelm Röpke hat in seiner *Civitas humana* den „freien Staat“ einst als „das höchste Kunstwerk menschlicher Zivilisation“ bezeichnet. Das trifft es in meinen Augen sehr gut. Der Staat ist ein Kunstwerk, das wunderbar ist in seinen Möglichkeiten, jedoch verwundbar ist in seinem Bestand. Die größte Gefahr für den Staat geht dabei von dessen „Überlastung“ aus. Von einer Überlastung, die Regierende und Regierte entfremdet und die Grundlagen staatlicher Legitimität schädigt. Ein Übermaß an Staatsaktivität kann dafür ebenso ursächlich sein wie ein Untermaß.

Wenn Heinrich Wefing dem heutigen Staat ein solches Untermaß zuspricht und die Renaissance eines Staates mit mehr Wirkungsmacht fordert, dann verlangt er an sich Selbstverständliches. Er verlangt die Wiederentdeckung zentraler Staatsaufgaben, die vorher versäumt wurden.

Und er tut dies nicht, ohne den freien Staat zu betonen. Den freien und starken Staat zeichnet aus, dass „er die Freiheit ermöglicht, statt sie zu bekämpfen“. Dass er seine Mittel entschieden einsetzt, nicht gegen, sondern für die pluralistische Gesellschaft. Dass er auf einer rechtsstaatlichen Basis „Recht setzt und auch durchsetzt“. Und: Dass er „starke Kontrollinstitutionen“ hat, zu denen „selbstbewusste Parlamente“ zählen.

Verehrte Gäste, auf diesen selbstbewussten Parlamentarismus in einem starken demokratischen Rechtsstaat möchte ich mit Ihnen anstoßen. Und selbstverständlich wünsche ich uns allen ein glückliches, gesundes, erfolgreiches und friedvolles Jahr 2016.